

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 ppbn d



Inhalt

Reinhard Ueberhorst, Ber-
lins Senator für Gesund-
heit und Umweltschutz, be-
richtet über Berlins Be-
mühungen, den Drogenmiß-
brauch einzudämmen: Alko-
hol - Droge Nr. 1.

Seite 1/2

Klaus Klingner Mdl zeigt
am Beispiel eines Gymna-
sial-Schulleiters, wie
sich in Schleswig-Holstein
der alte Ungeist wieder
rührt: Jüdische Weltver-
schwörung gegen Deutsch-
land?

Seite 3

Dokumentation

Aktionsprogramm der SPD
zu den neuen Techniken im
Medienbereich.

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 6 12-1

36. Jahrgang / 61

30. März 1981

Alkohol - Droge Nr. 1

Berlin erprobt neue Methoden gegen den Drogenmißbrauch

Von Reinhard Ueberhorst

Senator für Gesundheit und Umweltschutz in Berlin

Nachdem der Berliner Senat im Jahre 1978 - als erste Landes-
regierung in der Bundesrepublik Deutschland - einen umfassen-
den Bericht über den Alkoholmißbrauch in Berlin, seine Ur-
sachen und Auswirkungen und über Möglichkeiten zur Verbes-
serung der Situation Alkoholkranker vorgelegt hatte, ist nun
eine Bestandsaufnahme der in den letzten Jahren eingeleite-
ten Schritte vorgenommen worden. Jetzt ist ein weiterer
"Bericht über Maßnahmen zur Kämpfung des Alkoholmißbrauchs"
vom Berliner Senat gebilligt worden.

Eine wesentliche Erkenntnis der Arbeit der letzten Jahre ist
die Notwendigkeit, das Problembewußtsein gegenüber Alkohol-
mißbrauch zu verändern. Solange der regelmäßige Alkoholkon-
sum in der Bevölkerung weiter stetig steigt, wächst auch die
Gefahr von Mißbrauch und Abhängigkeit. Besonders Jugendliche
sind durch das Vorbild der Erwachsenen, die jeden Anlaß
"Begießen", gefährdet.

Beratung, Betreuung und Behandlung von Alkoholkranken müssen
dringend durch eine veränderte Einstellung zum Alkoholkonsum
ergänzt werden.



Fest steht:

- Alkoholismus ist eine Suchtkrankheit, die wie jede andere Krankheit behandelbar ist.
- Alkoholismus ist kein Randgruppenproblem.
- Regelmäßiger Alkoholkonsum kann bereits Krankheitscharakter haben.
- Alkohol Kranke (und ihre Bezugspersonen) müssen bereit sein, sich selbst und ihre Lebensweise zu ändern.

Solche Einstellungs- und Verhaltensänderungen sind nicht von heute auf morgen zu bewirken, sondern können nur langfristig auf neuen - auch unüblichen - Wegen erreicht werden. In Berlin werden dazu neue Konzepte und Methoden entwickelt und erprobt. So werden Kurse für werdende und junge Eltern angeboten und alkoholfreie Freizeitaktivitäten durchgeführt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der begleitenden Fortbildung von Fachkräften, zum Beispiel in der Jugend- und Sozialarbeit.

Es gibt auch positive Entwicklungen in anderen Bereichen:

Der Stellenwert der Selbsthilfeorganisationen, deren Mitglieder ein Leben ohne Alkohol führen, ist erheblich gewachsen. Viele junge Menschen, die heute nach alternativen Lebensformen und einer natürlicheren, gesünderen Lebensweise suchen, setzen sich ernsthaft mit den Argumenten für ein abstinentes Leben "ohne Drogen" auseinander. Die Selbsthilfegruppen sollten mit ihrem Engagement und persönlichen Vorbild verstärkt in die Aufklärungsarbeit, aber auch in die klinische Behandlung einbezogen werden.

Eine Reihe von Problemen sind jedoch noch ungelöst:

Es müssen Übergangseinrichtungen und therapeutische Wohngemeinschaften für die nachstationäre Betreuung von Alkoholkranken geschaffen werden. Das Versorgungsnetz muß dichter werden. Dazu müssen die Vorurteile in der Bevölkerung, bei Vermietern und Arbeitgebern, bei sozialen Trägern und Fachkräften gegenüber Alkoholikern verringert werden.

Ohne aktive Mitwirkung der Öffentlichkeit kann dem übermäßigen und mißbräuchlichen Alkoholkonsum in unserer Gesellschaft nicht nachdrücklich und erfolgreich entgegengewirkt werden.

(-/30.3.1981/ks/ca)

+ + +



Jüdische Weltverschwörung gegen Deutschland?

In Schleswig-Holstein rührt sich der alte Ungeist wieder

Von Dr. Klaus Klingner MdL

Vorsitzender des Innen- und Rechtsausschusses im schleswig-holsteinischen Landtag

Das Problem des Rechtsextremismus im Schuldienst wird deutlich an einem aktuellen Beispiel aus Schleswig-Holstein. Am Gymnasium in Neustadt/Holstein konnte man noch vor wenigen Tagen Propagandaformeln wie aus der Göbbelschen Giftküche (Beispiel: Jüdische Weltverschwörung gegen Deutschland) in der Schulbücherei wiederentdecken. Bis heute deckt Schleswig-Holsteins Kultusminister Dr. Peter Bendixen (CDU) den Studiendirektor und Stellvertretenden Schulleiter Dr. Uwe Rheingans. Proteste der SPD-Opposition im Landtag wies der Minister zurück.

Die Blindheit der CDU gegenüber rechtsextremen, rassistischen Umtrieben wird jedem deutlich, der die Vita des holsteinischen Studiendirektors verfolgt. Als Studienrat war er an der Gründung der NPD in Schleswig-Holstein beteiligt. 1967 zog er für die NPD in den Landtag ein, dem er bis 1971 angehörte. Dort fiel er insbesondere durch eine Anfrage zum antisemitischen Reizthema "Schächten" auf. Im Übrigen vertrat und vertritt er einen reaktionären, rein genetischen Begabungsbegriff.

Ungeachtet seiner rechtsextremen politischen Aktivitäten wurde Dr. Rheingans fürsorglich zum Oberstudienrat und Studiendirektor befördert und konnte stellvertretender Schulleiter werden. In diesem Schuljahr vertrat er lange Zeit den erkrankten Schulleiter. Anfragen der SPD beantwortete die Landesregierung mit der schlagenden Erkenntnis, daß sie keinen Zweifel an der Verfassungstreue des NPD-Politikers haben. So wehrt man bis heute in Schleswig-Holstein "tatkräftig" Extremisten ab.

Bald nach der letzten Beförderung findet sich in der Jahresschrift 1976 des Gymnasiums in einem Rheingans-Artikel die Empfehlung für eine politisch einschlägige Zeitschrift "Neue Anthropologie", die schon vom Programm und vom Erscheinungsbild die NS-Tradition zeigt und in der NPD-Politiker Dr. Rolf Kosek aus Baden-Württemberg wissenschaftlich beratend mitwirkt.

Voll entfaltet sich Dr. Rheingans als Schulleiter. Seine autoritären Methoden rufen öffentlichen Schülerprotest heraus und die Schulaufsicht auf den Plan, die alles glättet. Rassismen wie "Neger sind nicht kulturfähig" werden an der Schule über ihn berichtet. Vor allem die Bücherei hat es dem engagierten rechten Politiker angetan. So stiftete und beschaffte er vor allem in seiner Schulleiterzeit unter Umgehung der Fachlehrer allerlei rassistisches, die Nazis rechtfertigendes Schrifttum.

"Hitler will den Krieg nicht, aber wir werden ihn dazu zwingen"

"Riefen die Juden zum Krieg gegen das deutsche Reich auf"

"Man kann den deutsch-jüdischen Krieg in das Jahr 1917 zurückdatieren"

"Propaganda- und Wirtschaftskrieg gegen Deutschland"

Mit solchen Sprüchen eines Franz Willing, verlegt 1980 bei Druffel, und den Produkten des einschlägig im Verfassungsschutzbericht 1979 genannten Schützverlag werden die Neustädter Gymnasialisten beglückt.

Der Kultusminister will bisher das fällige Disziplinarverfahren nicht einleiten. Der SPD teilte er nur mit, daß er die Schriften prüfe. Verharmlosend stellte er nur Einseitigkeit und Rechtfertigung des Nationalismus fest. Für die Opposition kann dies nicht das letzte Wort sein. Sie wird die Regierung wegen Vernachlässigung der Schulaufsicht zur Verantwortung ziehen, wenn diese nicht unverzüglich handelt.

(-/30.3.1981/ks/oa)

+ + +



DOKUMENTATION

Die Kommission Medienfragen beim SPD-Vorstand hat am 27. März 1981 das "Aktionsprogramm der SPD zu den neuen Technologien im Medienbereich" beschlossen. Im folgenden veröffentlichen wir eine Kurzfassung:

Aktionsprogramm der SPD zu den neuen Techniken im Medienbereich

1. Die SPD tritt für eine bewußte politische Gestaltung der Zukunft und das "Prinzip Verantwortung" bei der Technologiepolitik ein; das gilt auch für die Entwicklung der neuen technischen Kommunikationsmöglichkeiten. Die Menschen müssen die Technik beherrschen, statt sich von ihr beherrschen zu lassen. Die SPD wendet sich daher gegen die von interessierter Seite bewußt verbreitete "Sachzwangideologie" bei der Einführung neuer Kommunikationstechnologien. Die technische Entwicklung überrollt uns nicht im Selbstlauf. Die Umsetzung des neuen oder morgen technisch Möglichen (zum Beispiel Verkabelung, Satelliten) verlangt hohe öffentliche Investitionen. Ob wir sie tätigen wollen, müssen wir bewußt - und unter Berücksichtigung der sozialen und politischen Auswirkungen der neuen Übertragungstechniken - entscheiden. Wer den Eindruck verbreitet, es "sei alles schon gelaufen", täuscht nicht nur den Bürger; er verstärkt darüber hinaus das Gefühl seiner Ohnmacht und begünstigt damit eine resignierte Abwendung von der Politik.
2. Die öffentlich-rechtliche Rundfunkordnung in unserem Land hat sich bewährt; bestehende Mängel können durch Reformen korrigiert werden. Es bedarf keiner Systemveränderung. Die SPD wendet sich daher strikt gegen eine Kommerzialisierung von Hörfunk und Fernsehen. Kommerzieller Rundfunk spricht den Zuschauer notwendigerweise in erster Linie als Käufer und Konsumenten an und würde eine Spirale der Programmverflachung herbeiführen. Wo die SPD Verantwortung trägt, wird sie dafür sorgen, daß einer derartigen Entwicklung ein Riegel vorgeschoben wird.
3. Unser Widerstand gilt aber nicht nur der Kommerzialisierung von Funk und Fernsehen, wir sind darüber hinaus skeptisch gegenüber der Vermehrung der Zahl der Programme überhaupt. Wir halten eine solche Programmvermehrung nicht für vordringlich und werden die öffentliche Debatte aus diesem Grund um den Grundsatz führen, ob alles, was technisch möglich ist, in diesem Bereich auch gemacht werden muß und noch dazu teuer bezahlt werden soll. Dabei spielen wir uns nicht als Vormund des Bürgers auf. Dieser hat im übrigen durch die immer mehr in Anspruch genommene Technik der Videokassetten und Bildplatten zunehmend die Möglichkeit zu individueller Programmauswahl. Wir behaupten nicht, daß der Bürger ein oder zwei weitere Programme nicht verkraften könnte, aber wir fragen nach dem Sinn hoher Investitionen der öffentlichen Hand und der Ausgaben, die bei einer Programmvermehrung auf jeden einzelnen Fernsehzuschauer zukämen, ohne daß er sich dessen bisher bewußt ist. Die SPD fordert die anderen politischen Kräfte auf, sich dieser Debatte zu stellen und sie nicht mit ideologischen Schlagworten totzuschlagen.
4. Wir sind für kommunikationstechnische Innovationen dort, wo sie Arbeitsplätze langfristig sichern, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verbessern und das Leben am Arbeitsplatz erleichtern. Unsere Skepsis gegenüber einer Vermehrung der Fernsehprogramme hindert uns daher nicht, für eine Förderung der technischen und geschäftlichen Kommunikation einzutreten. Für Industrie, Verwaltung, Bundespost, Banken, Versicherungen, Handel, Handwerk und den Dienstleistungsbereich liegen große Chancen in neuen Kommunikationsdiensten, in der Übertragung von Daten und Texten, im Ausbau von Dialog- und Abrufdiensten, in Konferenzschaltungen und schnellem Fernkopieren. Die SPD tritt für die schrittweise Modernisierung des Telefonnetzes der Bundespost und seiner Erweiterung hin zu einem integrierten Netz auf Glasfaserbasis ein. Demgemäß fordert die SPD, daß einer Netzausbaustrategie gefolgt wird, die den Ausbau eines integrierten Breitbandnetzes möglich macht, das den für Wirtschaft und Verwaltung wichtigen modernen Kommunikationsdiensten Vorrang einräumt. Dieses ist auch ge-

eignet für Hörfunk- und Fernsehverteilung. Eine flächendeckende Verkabelung allein zur Programmverteilung aus öffentlichen Mitteln und in einer nicht mehr zukunfts-trächtigen "Kupfertechologie" ohne Innovationsimpulse lehnt die SPD allerdings strikt ab.

Der Kampfbeginn vom "Verkabelungsstopp" geht an der Wirklichkeit vorbei. Die vor einigen Jahren beabsichtigten Investitionen der Deutschen Bundespost für die Verkabelung von elf Städten werden jetzt im gesamten Bundesgebiet für den Aufbau von Inselnetzen an den Stellen eingesetzt, wo dies zur Verbesserung des Empfangs erforderlich ist. Von einem "Investitionsstau" kann keine Rede sein.

Wie bisher soll die Netzhoheit bei der Deutschen Bundespost bleiben. Dies gilt gerade auch für integrierte Breitbandnetze. Die Bundespost bleibt beim Ausbau der Netze und bei der Festsetzung der Gebühren den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und der gleichmäßigen Versorgung verpflichtet; dies schließt Privatinitiative bei der Verkabelung nicht aus.

5. Die SPD ist weiterhin bereit, die Durchführung von Kabelpilotprojekten zu unterstützen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß kein Land während der Laufzeit der Projekte die gewachsene Rundfunkordnung der Bundesrepublik im Vorgriff verändern will.

Wegen der besonders im gegenwärtigen Zeitpunkt haushaltspolitisch nicht zu verantwortenden hohen Kosten der Pilotprojekte schlägt die SPD vor, sie in der Größenordnung "abzuspecken". Sollte mit der Union kein Konsens über die Kabelpilotprojekte erzielt werden können, wird die SPD eine Vereinbarung unter den sozialdemokratisch und sozialliberal-regierten Ländern zur multilateralen Finanzierung von Kabelmodellversuchen anstreben.

6. Die SPD befürwortet die Planungen der Bundesregierung zur Förderung eines Testsatelliten (präoperationeller Fernsehsatellit). Die staatliche Förderung dieses Testsatelliten braucht jedoch nicht notwendigerweise einen Einsatz als Rundfunksatellit für die Bundesrepublik nach sich zu ziehen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt spricht sich die SPD unter anderem aus haushaltspolitischen Gründen gegen die Nutzung von direktsendenden Rundfunksatelliten in der Bundesrepublik zur Programmverbreitung aus.

Für den Fall, daß zu einem späteren Zeitpunkt eine politische Entscheidung für den Betrieb eines deutschen Funk- und Fernsehsatelliten fallen sollte, sind Vorbereitungen der öffentlich-rechtlichen Anstalten für entsprechende Programme - beispielsweise ein Europa-Programm - sinnvoll. In der gegenwärtigen Situation greifen solche Planungen der tatsächlichen Entwicklung weit vor.

7. Es widerspricht dem Geist guter Nachbarschaft, wenn ein Land sich dazu aufschwingt, ein anderes Land mit kommerziellen Fernsehprogrammen zu überstrahlen. Ein ausländisches, gezielt auf den Werbemarkt und die Zuschauer in der Bundesrepublik ausgerichtetes Fernsehprogramm würde im Konkurrenzkampf der Programme um den begrenzten Werbekuchen zur allgemeinen Kommerzialisierung führen. Die SPD wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen, daß die Rundfunkstruktur der Bundesrepublik nicht aus dem Ausland unterlaufen wird.
8. Die SPD beobachtet die Modellversuche mit Videotext und Bildschirmtext mit Aufmerksamkeit. Videotext ist Rundfunk. Bei Bildschirmtext liegt der medienpolitisch relevante Teil, nämlich der Abruf der für die Allgemeinheit bedeutsamen Informationen, zwischen Presse und Rundfunk. Nach Abschluß der laufenden Versuche soll endgültig über die Einführung und Zuordnung entschieden werden. Der Teil des Bildschirmtextes, der Informationen ohne publizistische Inhalte insbesondere von Teilnehmer zu Teilnehmer vermittelt, ist reiner Fernmeldedienst und unterliegt somit keinen medienpolitischen Restriktionen.
9. Die SPD ist daran interessiert, daß Medienpolitik nicht ein Spezialgebiet für Fachleute bleibt, sondern daß die Bürger die für sie wesentlichen Grundentscheidungen über die Weiterentwicklung dieser Technologien selbst treffen können. Die SPD ist zu Gesprächen mit allen betroffenen Gruppen und Verbänden bereit. Sie wird auf der Basis dieses Aktionsprogramms eine Aufklärungskampagne beginnen und dem Bürger klipp und klar sagen, was auf ihn zukommt. (-/30.3.1981/ks/ca)

Vermittlung
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

